



Bereich: Finanzen
Az: 20
Datum: 16.11.2006

2006/305
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	05.12.2006	
Rat der Stadt	07.12.2006	

Betreff

Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln bei der Haushaltsstelle 90100.832000 Allgemeine Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreis- und ÖPNV Umlage)

Finanzielle Auswirkungen

☐ keine haushaltsmäßige Berührung

☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die zusätzliche Bereitstellung von insgesamt **1.714.202 €** bei der Haushaltsstelle 90100.832000 Allgemeine Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreis- und ÖPNV Umlage).

Entsprechende Deckungsmittel stehen bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsstellen zur Verfügung:

Mehreinnahmen:

03000.165100 Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushalts von öffentlich – wirtschaftlichen Unternehmen	24.000 €
90000.010000 Örtlicher Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer	1.313.842 €

Wenigerausgaben:

91000.807000 Zinsen für Kredite des Kreditmarktes	169.860 €
03000.650000 Geschäftsausgaben	20.000 €
06000.530000 Mieten und Pachten	50.000 €
61000.655000 Planungskosten	50.000 €
61600.655000 Planungskosten	86.500 €

Sachverhalt

Gemäß Bescheid vom 06.07.2006 hat die Stadt Castrop-Rauxel für das Jahr 2006 eine Kreis- und ÖPNV-Umlage von insgesamt 36.295.708,87 € zu entrichten.

Im Haushalt wurden Mittel in einer Gesamthöhe von 34.581.507 € veranschlagt. Somit ergibt sich ein Mehrbedarf in Höhe von 1.714.201,87 €, der im Rahmen von zusätzlichen Mittelbereitstellungen zu finanzieren ist.

Die Differenz zwischen dem Haushaltsansatz und dem durch den Kreis geforderten Gesamtbetrag resultiert aus der Tatsache, dass der endgültige Festsetzungsbescheid zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses noch nicht vorlag und dass daher in den Haushalt die Beträge eingeflossen sind, die sich aus dem vorläufigen Bescheid zur Kreisumlage ergeben haben.

Eine entsprechende Vorlage an den Rat ergeht erst zum jetzigen Zeitpunkt, da noch abzuwarten war, ob es durch den Nachtragshaushalt des Kreises Recklinghausen zu einer Reduzierung der Kreisumlage kommt. Zwischenzeitlich ist bekannt geworden, dass es zu keiner Änderung bezüglich der Festsetzung für das Jahr 2006 kommen wird.

Anlage 1 – Finanzielle Auswirkungen –

Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2006/305

I. Gesamtkosten:

davon

	Vermögens-HH	Verwaltungs-HH
Gesamtkosten der Maßnahme:	€	1.714.202 €
- Einnahmen von Dritten:	€	€
= Städtischer Eigenanteil:	€	1.714.202 €

Die benötigten Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:

JA ☒ Haushaltsstelle: Siehe Beschlussvorschlag
NEIN ☐ Siehe Erläuterungen

Erläuterungen:

Bei Maßnahmen des Vermögens-HH:

- ☐ Die Maßnahme ist in die vom Rat zu beschließende Dringlichkeitsliste aufzunehmen.
☐ Die Maßnahme ist in die vom Rat beschlossene Dringlichkeitsliste zusätzlich aufzunehmen und zur Genehmigung bei der Aufsichtsbehörde anzumelden.

II. Folgekosten:

	einmalig	jährlich	bis 2012 (HSK-Planung)
Personalkosten	€	€	€
Sachkosten	€	€	€
Erlöse	€	€	€
Mindereinnahmen	€	€	€
Summe	€	€	€

Die Finanzierung der Folgekosten ist im Rahmen des Bereichs-Budgets

im laufenden Jahr

- ☐ gesichert
☐ nicht gesichert

im Finanzplanungszeitraum

- ☐ gesichert
☐ nicht gesichert

III. Es handelt sich um eine Maßnahme, die unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 81 GO NRW notwendig und unabweisbar ist.